Nummer 346

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 4000 Mk. 69. Jahrgang Sonnabend, 28. Juli 1923

ERICH MEYERFELD BERLIN BEHRENSTR. 53-54 GRUNDSTÜCKE

Als Beilagen erscheinen: Der tägliche vollständige Kurszettel der Berliner Börse, Zinsschein-Kalender, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Schiffahrt und Schiffbau, der Handel mit dem Osten und viele andere tabellarische Übersichten | Unverlangt eingel. Manuskripten ist Rückporto beizufügen | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | Für Manuskripte übernimmt d. Verlag keine Verantwortung

Verantwortl. Leiter: Handelsrat W. Lunk, Berlin; Polit. Teil: Inneres P. Steinborn Schöneberg; Äußeres Dr. R. Jäger, Berlin; Kunst Wissenschaft u. Lokales: S. Köppen, Bln.-Grieneau; Inseratenteil: F. Rongkowski, Bln.-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei u. Verlag, Gel. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigen-Preis: Die 12 gespalt. Zeile 20000 Mk., Reklamezeil 80000 Mk., Stellungsuchende 8000 Mk. Bezugs-Preis freibl.: für Monat August 110000 Mk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal, Bestellungen werden bei sämtl. Zeitungsspediteuren, unserer Geschäftsstelle und bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches angenommen. Auslands-Bezug nur unter Streifband zulässig; Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1923 für Amerika 4 Dollar, Frankreich 45 frcs. Francs, Belgien 45 belg. Francs, Schweiz 20 schweiz. Francs, Holland 10 holl. Gulden, Dänemark 20 dän. Kronen, Schweden 15 schwed. Kronen, Norwegen 20 norw. Kronen, England 20 Schilling, Italien 90 Lire, Rumänien 500 rum. Lei, Spanien 25 span. Pesetas, Finnland 150 finn. Mark, Tschechoslowakei 125 tschech. Kronen, Brasilien 40 Milreis, Argentinien 12 Pesos, Serbien 300 Dinar, f. Kgreich Österreich 150000 M., Ungarn u. Polen 200000 M

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Zentrum und Regierung Cuno.

Das Berliner Zentrumsorgan, die „Germania", bringt gestern einen Leitartikel unter der Ueberschrift „In höchster Not", die wegen seiner politischen Tendenz nicht unbeachtet bleiben kann. Das führende Zentrumsblatt sieht die Lage sehr düster. Es herrsche Neunte-November-Stimmung. „Das Vertrauen zu der Reichsregierung ist vollständig erschüttert, die Stimmung auf den Nullpunkt gesunken. Nicht nur in kommunistischen und sozialdemokratischen Kreisen hat die Mißstimmung einen gefährlichen Grad erreicht, auch in Zentrumsversammlungen hört man Aeußerungen von bisher nicht gekannter Schärfe." Das Blatt ist der Meinung, daß die Reichsregierung in vollem Umfange an dieser Mißstimmung schuld sei, und gibt dieser Auffassung mit außerordentlicher Schroffheit Ausdruck:

„Man mag noch soviel Entschuldigungs- und Erklärungsgründe für diese Entwicklung anführen, die Tatsache läßt sich nicht wegdiskutieren, daß das Elend zu einem wesentlichen Teile durch die Unterlassungssünden und verfehlten Maßnahmen der Reichsregierung herbeigeführt worden ist. Diese Regierung hätte stark sein können, wenn sie es nur gewollt hätte. Innerpolitisch hat sie es so gut gehabt wie keine ihrer Vorgängerinnen. Außenpolitische Aussichten und, wie wir heute ruhig zugestehen können, nicht immer richtig verstandene nationale Disziplin haben fast jede kritische Stimme zum Schweigen gebracht, auch da, wo ein ernstes und kritisches Wort am Platze gewesen wäre. Die Regierung Wirth mußte jede noch so notwendige Maßnahme, auch solche außenpolitischer Natur, unter heftigen Kämpfen dem innerpolitischen Gegner abringen. Sie hatte mit allen möglichen Widerständen zu rechnen, um ihre Politik durchzusetzen, und dennoch hat sie es verstanden, die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage so zu gestalten, daß sie uns heute fast als die gute alte Zeit erscheint. Die Regierung Cuno aber bedeutet eine einzige Enttäuschung. Der Regierung Wirth wurde vorgeworfen, sie hätte sich schwerer gewandelt und sich im Zickzackkurs bewegt, aber die Regierung Cuno bewegt sich überhaupt nicht mehr. Die Zeit flieht. Es sei denn, daß man Vorordnungen über die Regelung des Fleischgenusses in den Restaurationen und mehr oder minder schwungvolle Reden bei besonderen Anlässen als Politik ansehen will.

Entweder hat die Regierung die heutigen Zustände vorausgesehen — dann sind ihre Unterlassungssünden groß, oder sie hat sich von ihnen überraschen lassen — dann hat sie es so an Voraussicht und politischem Instinkt fehlen lassen, daß man nur von einem glatten Bankerott reden kann. Wie die Dinge liegen, muß man annehmen, daß die Regierung die innen- und außenpolitische Lage zu optimistisch von Anfang an beurteilt hat und daß ihr infolgedessen die Dinge über den Kopf gewachsen sind. Vor allem hat sie die Dauer des Ruhrkampfes ganz falsch eingeschätzt. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß die Regierung allzu sehr unter dem Eindruck unserer nationalistischen Phrasenmacher gestanden hat und daß sie an die Mitwirkung starker Worte mehr geglaubt hat, als ihr und leider auch dem deutschen Volke heilsamlich war. Dabei wollen wir ganz die Gerüchte unter Acht lassen, die von bestimmten Einflüssen in der Reichskanzlei sprechen. Jedenfalls stehen wir heute vor den Ereignissen, die auf falscher Beurteilung der Lage heraufzubeschwören die Politik der Reichsregierung herbeigeführt hat. Cunos häufig gebrauchtes Wort von dem ehrlichen Kaufmann hat er nicht zur Richtschnur seines innerpolitischen Handelns gemacht. In den Großkaufmannskreisen des ehrbaren Kaufmanns gehört es nicht, Ausgaben über Ausgaben zu machen, ohne für die nötige Deckung zu sorgen. Die gewaltigen Summen, die der Ruhrkampf verschlang, besaß man ohne Sorgen aus der Reichsdruckerei, der passive Widerstand wurde in der Hauptsache mit der Notenpresse geführt."

Das Zentrum gehört zu den Regierungsparteien, und hervorragende Mitglieder des Zentrums haben in dem von der „Germania" so heftig angegriffenen Reichskabinett Posten inne, die in besonderem Maße für die „Unterlassungssünden und verfehlten Maßnahmen der Reichsregierung", von denen das Zentrumsblatt spricht, in Betracht kommen müßten. Der Zentrumsartikel sieht z. B. wie eine besonders scharfe Desavouierung des Zentrumsministers Hermes aus. In diesem Zusammenhange ist es interessant, zu beobachten, wie der Auffatz der Regierung Wirth der jetzigen Regierung vorteilhaft gegenüberstellt. Alle Gegensätze innerhalb der Zentrumspartei werden in der Erinnerung wach . . .

Es ist möglich, daß der Vorstoß der „Germania" der Beginn einer Zentrumsaktion ist. Man wird der Entwicklung der Angelegenheit deshalb Interesse entgegenbringen müssen.

Kampf der Teuerung und Not.

Beratungen des Reichskabinetts.

Die Reichsregierung beriet auf Grund der Vorarbeiten der Ministerien und der Vorbesprechungen, die in den letzten Wochen beim Reichskanzler stattgefunden haben, gestern unter dem Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten über die Maßnahmen, die angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage zu ergreifen sind. Verabschiedet wurde der Entwurf des Gesetzes über die Erhebung eines Opfers für Rhein und Ruhr, eines Gesetzes über Aenderung einzelner Verbrauchsteuergesetze und eines Steuerzinsgesetzes, die gemeinsam die Inflation zu hemmen helfen werde. Der Reichsfinanzminister legte ferner den Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Vermögenssteuergesetzes, des Erbschaftssteuergesetzes und des Umsatzsteuergesetzes vor, durch das insbesondere Anpassung an die Geldentwertung erreicht werden soll.

In einem Telegramm an die Ministerpräsidenten der Länder hat der Reichskanzler darauf hingewiesen, daß die Beratung dieser Gesetze im Reichsrat so beschleunigt werden muß, daß sie dem Reichstag am 8. oder 9. August vorliegen. Weiter wurde über die Aufgabe der wertbeständigen Anleihe beraten. Genauere Festlegungen hierüber werden in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Ueber weitere Maßnahmen der Reichsbank, insbesondere zur Lösung der Goldkreditfrage, werden ebenfalls in den nächsten Tagen Mitteilungen erfolgen.

Des Kanzlers Appell an die Landwirtschaft

Der Reichskanzler Dr. Cuno hat an die Führer der Landwirtschaft folgendes Telegramm gerichtet:

„Die Städte sind infolge der Verspätung der Ernte von Kartoffeln entblößt. Auch sonst wachsen die Ernährungsschwierigkeiten der großen Verbrauchermassen. Ich richte daher an die deutsche Landwirtschaft den dringenden Aufruf alle Kräfte anzuspannen, um die Erträge, insbesondere der Frühkartoffelernte, möglichst umgehend dem Verbrauch zuzuführen und die Lage in den Städten zu erleichtern.

Der Reichskanzler und der Reichsernährungsminister werden in den nächsten Tagen auch mündlich mit der Landwirtschaft wegen Behebung der Ernährungsschwierigkeiten erneut ins Benehmen treten.

Polizeilicher Schutz für die Lebensmittelmärkte zugesichert.

Der Amtliche Preußische Pressedienst schreibt: Es gehen Gerüchte um, daß in einigen Gegenden des Landes aus Furcht vor bevorstehenden Unruhen die Beschickung der Märkte seitens der Landbesitzer unterlassen wird. Es ist eine selbstverständliche und dringende Pflicht aller derer, die Lebensmittel produzieren, diese auf den Markt zu bringen, da neben der nachfolgenden allgemeinen Teuerung eine nicht genügende Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln außerordentliche Gefahren im Gefolge haben könnte. Zu unserer Genugtuung können wir mitteilen, daß die ländlichen Organisationen auf ihre Mitglieder dahin einwirken, die Märkte nach wie vor regelmäßig zu beschicken. Die Produzenten mögen wissen, daß die Polizeibehörden angewiesen worden sind, die Lebensmittel auf den Transporten zu den Märkten ausreichend zu schützen.

Die Not Berlins.

Die Verhandlungen zwischen Magistrat und Reichsregierung.

Wie wir erfahren, sind die Vorverhandlungen zwischen dem Magistrat und dem Reichsernährungsministerium über die schlechte Ernährungslage in Berlin auf Veranlassung des Reichskanzlers eingeleitet worden, der nach Empfang der Mitteilung, daß der Magistrat bei ihm vorstellig werden wolle, der Meinung war, es handele sich dabei vielleicht um Wünsche der Stadt Berlin hinsichtlich der Lebensmittelversorgung. Von unterrichteter Seite wird uns hierzu aber mitgeteilt, daß die vorgesehene Deputation des Magistrats keineswegs lediglich Ernährungsfragen mit Dr. Cuno besprechen will, sondern daß vor allem auch die schweren finanziellen Nöte und wirtschaftlichen Sorgen der Stadt, wie die augenblickliche innerpolitische Lage unter besonderer Berücksichtigung Berlins zur Sprache gebracht werden sollen. Die Deputation wird im Laufe des heutigen Tages vom Reichskanzler empfangen werden, voraussichtlich wird ihre Führung Oberbürgermeister Böß selbst übernehmen, der zwar zurzeit beurlaubt ist, sich aber in Berlin aufhält und über alle Verhandlungen mit der Reichsregierung auf dem Laufenden gehalten wird. Weiter werden an der Deputation Bürgermeister Reiter, der Ernährungsdezernent des Magistrats, Stadtrat Dr. Richter, Stadtrat Mulzki und Frau Dr. Wolf teilnehmen, Mitglieder der verschiedenen Fraktionen des Stadtparlaments werden entgegen anderslautenden Meldungen an den Verhandlungen nicht beteiligt sein. Die Verhandlungen im Reichsernährungsministerium fanden unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Heinrici statt. Gegenstand der Besprechungen war hier naturgemäß die derzeitige Ernährungslage der Stadt Berlin.

Ueber diese Besprechung wird das Nachrichtenamt der Stadt Berlin mit: Oberbürgermeister Böß, Bürgermeister Reiter, Stadtrat Richter und Stadträtin Wolf hatten mit dem Vertreter des Reichsernährungsministers, Staatssekretär Heinrici und des preußischen Landwirtschaftsministers Staatssekretär Raum eine Besprechung. Die Vertreter der Stadt Berlin wiesen auf die schwere Notlage der Stadt, auf die allgemeine Lage und auf die Stimmung der Bevölkerung hin. Besonderes Mißtrauen erwecke in weitesten Schichten die verschiedenartige Preisbildung angesichts des Mangels an Nahrungsmitteln, besonders an Kartoffeln. Hervorgehoben wurde ferner die schlechte Beschaffenheit des Brotes, die dem mangelhaften von der Reichsgetreidestelle gelieferten Mehl zugeschrieben werde. Besonders schlimm sei die Notlage der Erwerbslosen und der Kurzarbeiter. Unumgänglich notwendig sei die Vergebung von Notstandsarbeiten, auch seien dem Lebensmittelgroßhandel genügend Devisen zur Beschaffung von Waren und zur Versorgung der Märkte zur Verfügung zu stellen. Ferner seien Mittel bereitzustellen, um den Minderbemittelten die Lebensmittelbeschaffung zu verbilligen. Es seien Textilwaren, Gries, Hülsenfrüchte und Reis bereitzustellen. Mit besonderem Nachdruck wurde ferner auf die mangelnde Belieferung des Schlacht- und Viehhofes hingewiesen. Die fehlende Ueberwachung und Beaufsichtigung der Märkte in anderen Städten gegenüber den scharf zugreifenden Marktgerichten in Berlin habe dazu geführt, daß für Berlin bestimmtes Vieh unterwegs gehandelt und geschlachtet werde. Offenbar sei auch der Gemüsebau stellenweise mangelhaft. Ferner fämen Getreide und Fleisch nicht so wie früher heran, weil gewisse Stellen offenbar diese Erzeugnisse als wertbeständige Anlage ansähen und erst zum Verkauf stellten, wenn sie Geld brauchten. Hierzu komme außerdem die zwangsläufige Beanspruchung der Landwirtschaft durch die Erntearbeiten selber und die Verpflegung der Erntearbeiter.

Oberbürgermeister Boeß hatte anschließend noch eine Besprechung über die Lage mit dem Reichsminister des Innern, in der er nochmals auf die unbedingte Notwendigkeit schleunigster Vergebung von Notstandsarbeiten hinwies, vor allem auch in der Nähe von Berlin durch die Aufnahme von Meliorationsarbeiten. Am Sonnabend soll noch eine weitere dringende Besprechung mit dem Reichswirtschaftsminister, dem Reichsarbeitsminister, dem Reichsernährungsminister sowie mit dem preußischen Minister des Innern und dem preußischen Finanzminister stattfinden.

Die neuen Staatsarbeiterlöhne.

Die gestrigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit der aus den Spitzenorganisationen der Reichsarbeiter gebildeten Kommission haben zu folgender Einigung geführt: In Ortsklasse A soll der Stundenlohn ohne Ortslohnzulage für den Handwerker 24 270 Mk., für den ungelernten Arbeiter 22 740 Mk. für die Woche vom 29. Juli bis 4. August betragen. Der Höchstsatz für Ortslohnzulagen beträgt künftig 37 vom Hundert.

Bismarck.

Zu seinem 25. Todestage.

Von

Richard May.

In einer jener trüben Stunden, die am Abend seines Lebens nicht selten waren, wo er mit banger Sorge sein Werk betrachtete und im Reichsbau die Risse zählte, äußerte er zu einem seiner Vertrauten, er wolle zwanzig Jahre nach seinem Tode wieder auferstehen, um dann noch einmal Deutschland zu betrachten. Am 30. Juli 1898 ging er im Sachsenwalde zur Ruhe ein. Zwanzig Jahre später! Der Halberstädter Kürassier wäre gerade in die Marneschlacht hineingeritten, hätte deutsches Heldentum und deutschen Zusammenbruch schaudernd erfahren müssen. Zwanzig Jahre! Seltsam, wer an Fabelunwesen glaubt, könnte spaßig werden. Im August 1786 schloß der Gründer der preußischen Großmachtstellung in Sanssouci die klaren Augen. Auch er sah kommendes Unheil nahen. 20 Jahre und drei Monate später brachte auf den Schlachtfeldern von Jena und Auerstädt sein Staat zusammen. Liegt ein geheimnisvoller Sinn in dieser Wiederholung? Sicher! Daß man auf märkischer Erde nur einen Staate errichten kann, wenn man auch für den Nachwuchs der Führer sorgte. Scheinbar ist dieses Problem für uns noch unlösbar.

Als der eiserne Reck, als Roland, wie ihn Lederer in seinem Hamburger Denkmal wuchtig aufgerichtet hat, als Kürassier geht Bismarck durch die Erinnerung unseres Volkes. Aber das ist nur ein Teil von ihm. Wer so ihn sieht, begreift ihn nicht. Gerade die Paarung rücksichtsloser Energie mit diplomatischer Geschmeidigkeit blieb ihm seine überragende Stelle. Gewiß, er zog die Stulpstiefel an, wenn es Not tat, aber er konnte auch recht behutsam auftreten, und durch die Fähigkeit, zwischen Kraft und Klugheit wechselnd zu wählen, wurde er groß, was er geworden ist. Er erfocht die von vornherein gepfiffenen Siege, aber er beschränkte sich in ihrer Ausnutzung. Gestützt auf Königsgrätz, auf eine Landtagswahl, in der die Opposition geradezu vernichtend geschlagen worden war, hätte jeder Epigone aufgetrumpft. Bismarck gestand die Verletzung des Budgets offen zu und bat trotz des Grollens seiner nächsten Freunde um Indemnität. Er baute dem innerpolitischen Gegner eine goldene Brücke. Weiß er weiter blickte als Veren Heispern. Genau dasselbe wiederholte sich den süddeutschen Staaten gegenüber. In heißem Kampfe widerstand er Wilhelms I. Drängen nach Rücknahme der einst hohenzollernschen Besitztümer Ansbach und Bayreuth. Vier Jahre später bot dafür Ludwig II. in jenem von Holnstein überbrachten, von Bismarck selbst aufgesetzten Brief dem preußischen König die deutsche Kaiserkrone.

Diese Seite in Bismarcks Politik ist viel zu oft übersehen worden. So handelte er auch in Nikolsburg. Oesterreich ging aus dem Kriege unversehrt hervor, weil der preußische Ministerpräsident es für spätere Zeiten brauchte. Immer sehen wir diese Voraussicht. Gegen die Stimmung im eigenen Lande half er den Russen, die aufrührerischen Polen niederzuzwingen, dafür präsentierte er 1866 und 1877 Petersburg seine Rechnung. Er hatte die wohlwollende Neutralität erkauft. Auch Frankreich ist er eine der heftigsten Gegner gewesen, nur glaubte er an keine Versöhnung, weil er den gallischen Charakter kannte. Poincaré kann ihn schmähen, da er seines Geistes keinen Hauch verspürt. Nichts ist kennzeichnender für Bismarck als die Affäre Schnäbele. Ein französischer Grenzwächter wird erschossen, ein Wutgeschrill in Paris. Deutschland soll 150 000 Francs bezahlen. Höhnisch schreiben die Boulevardblätter, Deutschland müsse durch dieses Joch hindurchkriechen, sonst würde an die Waffen appelliert. Und abends mußten sie mitteilen, daß Bismarck mit einer unnachahmlichen Handbewegung der Witwe des Erschossenen 800 000 Francs angewiesen hatte. Ein Kleinlichkeitskrämer,

Schlußkurs der Mark in New-York

0,000106.

Hiesige Parität

945000.

TRABANT

Schützt Eure Türen mit Trabant!

Patent-Sicherheitsschloß und Vertikalverriegelung.

— Zu haben in allen einschlägigen Geschäften. —

Wo nicht erhältlich, weist Verkaufsstellen nach: (12606-97)

„Holzmetall" Vertriebs- und Exportgesellschaft für Holz- und Metallwaren m. b. H.

Berlin NW. 7, Mittelstr. 24. Zentrum 10639 u. 1566.

D. R. P. D. R. G. M.

Vertikalverriegelung

Oben Unten